

Flaute trotz Windgipfel

Einst war sie Treiberin der **Energiewende**, derzeit ist die Windkraft in Deutschland in einer dramatischen Krise. Harsche Kritik an Wirtschaftsminister Altmaier nach Branchentreffen
Von **Bernward Janzing**

Vor allem die Windkraft war es, die in den vergangenen drei Jahren die CO₂-Werte im deutschen Strommix reduzierte. Diese Rolle als Treiber der **Energiewende** hat sie stark eingebüßt - zumindest, was die Windkraft an Land betrifft. Kaum Zubau, immer weniger Jobs: Die Lage der Branche ist dramatisch. Daran hat sich auch durch den "Windgipfel" der Bundesregierung am Donnerstag nichts geändert: "Außer Spesen nix gewesen", kommentierte die Deutsche Gesellschaft für **Sonnenenergie**, die sich für alle erneuerbaren **Energien** einsetzt.

Die Situation der Windkraft ist komplexer als die der Photovoltaik, die in Deutschland in den Jahren ab 2013 vor allem deswegen einbrach, weil die Bundesregierung ihr die wirtschaftliche Basis entzog: Die Vergütungen wurden so stark gekürzt, dass der Markt einbrach. Die Windkraft hingegen wird auch durch Genehmigungsfragen und Widerstände vor Ort gebremst. Von einem "anhaltenden Genehmigungsstau" spricht der Bundesverband **Windenergie** (BWE), der im Juli einen "Aktionsplan für mehr Genehmigungen von **Windenergieanlagen** an Land" vorgelegt hatte. Denn: Die **Energiewende** ist in Gefahr. Zwar sollen 2030 rund 65 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Quellen fließen. Aber es werden viel zu wenig Windanlagen gebaut. Im ersten Halbjahr 2019 waren es unter dem Strich an Land nur 35 - in der ganzen Bundesrepublik. Nötig wären etwa 1.500 pro Jahr. Das hat auch Auswirkungen auf die hiesige Windkraftbranche: Zehntausende Stellen gingen bereits verloren.

Viele Baugenehmigungen scheitern auch am Artenschutz. Aufgrund des "gewichtigen öffentlichen Interesses" an einer klimafreundlichen **Energieversorgung** solle "im Zweifel für die **Windenergie** entschieden werden", hatte der BWE bereits im Sommer gefordert. Die Umweltverbände sind sich in dieser Sache jedoch uneinig.

Zu den deutlichsten Unterstützern der Windkraft zählt die Deutsche Umwelthilfe (DUH). Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) müsse "die **Windenergie** weiter als Chefsache behandeln", sagte DUH-Geschäftsführer Sascha Müller-Kraenner. "Schnell" müsse Altmaier jetzt "Gesetzesänderungen auf den Weg bringen, um die Rahmenbedingungen für den Windausbau zu verbessern".

Für den Bundesverband der **Energie**- und Wasserwirtschaft (BDEW) sind zwei Dinge entscheidend: Zum einen sollten die zuständigen Behörden "Vorschläge für eine schnellere Genehmigungspraxis rasch aufgreifen". Zum anderen solle die Bundesregierung "Vorschläge zur Steigerung der Akzeptanz zügig umsetzen". Der "Windgipfel" habe gezeigt: "Es gibt kein Erkenntnisproblem, sondern ein Umsetzungsproblem."

Stromwirtschaft, Windkraftlobby und Umweltverbände waren zu dem "Windgipfel" mit einem 10-Punkte-Plan angetreten. Überschrift: "Vorschläge zur Gewährleistung von Flächenverfügbarkeit, Handhabbarkeit naturschutzrechtlicher Vorgaben und Stärkung vor Ort." Zu den Forderungen zählt der Verzicht auf pauschale Abstandregelungen, ein flexibleres Planungsrecht beim "Repowering", also dem Ersetzen von Altanlagen durch leistungsstärkere neuere sowie eine stärkere wirtschaftliche Beteiligung nicht nur der Standort-, sondern auch der Anrainerkommunen.

Nun schaut die Branche auf den 20. September, an dem die Bundesregierung ein Klimaschutzpaket vorlegen will. Von diesem dürfte auch abhängen, ob alte Windkraftanlagen, die ab 2021 aus der Einspeisevergütung nach dem **Erneuerbare-Energien**-Gesetz herausfallen, weiterhin eine wirtschaftliche Basis haben. Gelingt es nicht, für alte Windkraftanlagen ein attraktives Marktumfeld zu schaffen, könnte sogar in den kommenden Jahren die Situation eintreten, dass an Land mehr Windkraftleistung abgebaut als neu errichtet wird.



*Früher Zukunftsbranche, derzeit in der Krise: Industriekletterer prüfen Rotorblätter in Brandenburg Paul Langrock/Zenit
Bernward Janzing*


Quelle: taz.die tageszeitung vom 07.09.2019, Seite 7

Dokumentnummer: T20190709.5621984

Dauerhafte Adresse des Dokuments:

https://www.wiso-net.de/document/TAZ_b7d39867b13f326e6c85b5de7825f6d62d71de38

Alle Rechte vorbehalten: (c) taz, die tageszeitung Verlagsgenossenschaft e.G.

 © GBI-Genios Deutsche Wirtschaftsdatenbank GmbH